

Das Enteignungsunrecht

Notizen eines Vortragsabends

von Heiko Peters

Was hat uns heute abend hier zusammengebracht? Ich will nicht versuchen, Sie mit Geschichte zu langweilen. Viele von Ihnen haben die schrecklichen Ereignisse des letzten Krieges, insbesondere das Kriegsende, selber miterlebt. Es wäre eine Anmaßung von mir, der ich erst 1941 geboren bin und um mit dem Kanzler zu sprechen die Gnade der späten Geburt habe, Ihnen etwas über das Grauen der letzten Kriegstage erzählen zu wollen. Die Trecks über das Kurische Haff, die fürchterlichen Schicksalszüge durch den schlimmen Kriegswinter 1944/45 und die entsetzlichen Ausschreitungen der Roten-Armee, die in dieses Land eingefallen ist, sind so grauenvoll, daß es mir die Sprache verschlägt, wenn ich überhaupt darüber referieren sollte. Und, bitte nehmen Sie einfach dieses als Geschichtsbekanntnis vorweg.

Es war aber nicht nur so, daß dieses Kriegsende schrecklich war. Für einen Teil unseres Landes kam hinterher, in der sogenannten Trizone, in der englischen, französischen, amerikanischen Zone, der Wiederaufbau, sehr schnell in großer Freiheit. Und in dem anderen Teil unseres Vaterlandes, nämlich in Mitteldeutschland, nachdem der östliche Teil Ostpreußen, Pommern und Schlesien verloren war, etablierte sich eines der übelsten Systeme, das Europa jemals kennengelernt hat. Die Rote Armee trug auf ihren Bajonetten den Kommunismus in unser Land und der Mob der deutschen Bevölkerung, von Neid zerfressen auf die Leute, die früher tüchtiger gewesen waren als sie selber, die konnten auf einmal bestimmen und sie haben es brutal getan.

Und ich kann mich sehr wohl erinnern, in meiner Jugend, mit Verachtung von westdeutschen Politikern die Namen Ulbricht, Honecker, Hilde Benjamin und anderer gehört zu haben. Und es wurde immer wieder beschworen, wenn wir jemals die Möglichkeit haben, die Rechtsstaatlichkeit, die wir hier in Westdeutschland so großartig genießen können, die uns die Freiheit gibt, unser Land aufzubauen, die uns die Freiheit gibt, frei zu denken, frei zu reisen, uns selbst zu entfalten, jeder nach seiner Persönlichkeit, wenn wir die Möglichkeit haben, dieses in Mitteldeutschland jemals etablieren zu können, dann wollen wir es tun. Und dann kamen diese fürchterlichen Tage des 17. Juni 1953, ich sehe die Zeitungsbilder noch heute vor mir, die Steinewerfer auf der Stalinallee. Und es wurde niedergeknüppelt und es gab wieder die großen Beschwörungen der Politiker: bei uns wird solches niemals vorkommen und wenn wir die Möglichkeit haben, Rechtsstaatlichkeit dort drüben einkehren zu lassen, dann werden wir alles dafür tun.

Und dann kam der schreckliche Mauerbau am 13. August 1961. Ich war in Frankreich damals bei einem Schüleraustausch. Der Vater der Familie, bei der ich zu Gast war, fragte, was passiert denn da eigentlich? Deutsche teilen ihre eigene Hauptstadt? Warum wehren sie sich denn nicht? Und ich sagte, die können sich nicht wehren, sie sind von den Russen unterdrückt. Ach ja, sagte er, ich glaube, in Paris würden wir uns wehren. Die Deutschen haben alles, was sie getan haben, besonders gründlich gemacht. Das ist kein hohes Ideal, dem nachzueifern. Wie angenehm ist es in England, wie angenehm ist es in den USA zu sein, wie angenehm ist es in Frankreich zu leben. My home is my castle und jeder Nachbar ist ein vernünftiger Mensch und der Staat muß draußen gehalten werden. Leider, in Deutschland haben wir immer wieder den Untertanengeist. Und, Demokratie ist eine Geschichte, die

ermüden kann. Wenn immer alles gut läuft, wenn wir uns daran gewöhnt haben, verwaltet zu werden, dann nehmen wir auf einmal manches hin. Diejenigen, die wir gewählt haben, sollen Staatsdiener sein, da wir der Souverän sind, der Wähler, und wir haben sie eingesetzt, daß sie das tun, was wir wollen. Wenn diese sich in einer schleichenden Bewegung allmählich zum Meister machen, dann ist das eine gefährliche Entwicklung. Ich will versuchen, das an einem Beispiel klarzumachen.

Wenn ein tüchtiger Mann ein Haus gebaut hat, ein großes Mietshaus und er stirbt und er hatte viele Kinder, dann setzen diese Kinder vielleicht irgendwann einen Hausverwalter ein oder einen Hausmeister und wenn die Kinder sich wieder vermehren, dann sind die Kinder nicht immer ganz einig, was sie mit dem Haus machen wollen und sie ziehen nur noch den Profit daraus und der Hausmeister maßt sich immer mehr Rechte an und irgendwann wird der Hausmeister zum Souverän. Und einer solchen Entwicklung gilt es Einhalt zu gebieten. Eine solche Entwicklung darf in einer Demokratie nicht vorkommen.

Wir haben mit der Wiedervereinigung ein großes Geschenk erlebt. Wir haben gesehen, wie sich aufrechte Leute in der ehemaligen DDR aus eigener Kraft, mit dem eigenen Idealismus einer ganzen Generation, gewehrt haben gegen Diktatur, gegen Unrecht, gegen Unterdrückung, gegen Stasi. Und sie waren weiß Gott in einer schlechten Position. Sie haben die "SchwerterzuPflugscharen"Etiketten an ihren Blazern getragen, sie haben es gewagt, aufzumucken gegen die Stasi. Diese Leute haben die deutsche Wiedervereinigung erzwungen, nicht die im Westen. Und diesen Leuten aus der Leipziger Montagsdemonstration gebührt eigentlich der Dank für die Wiedervereinigung.

Es gab damals gerade bei den westlichen Verbündeten bedauerlicherweise bedeutende Politiker, ich denke an Maggie Thatcher, ich denke an Mitterand, die versucht haben, die Wiedervereinigung aufzuhalten. Mitterand ist nach OstBerlin gefahren, Maggie Thachter hat zu George Bush gesagt, wie können wir es denn irgendwie hinbekommen, daß nicht wieder Deutschland zu einem mächtigen Staat wird. Und Bush hat gesagt, die Deutschen wollen es und niemand kann sich ihnen in den Weg stellen. Und jeder, der sich dem in den Weg stellt, der wird von dieser Massenbewegung überrannt.

Herr Kohl hat den großen Vorteil gehabt, daß er sich dieser Bewegung an die Spitze gestellt hat, daß er die Gunst der Stunde genutzt hat, daß er sie umgesetzt hat. Nur, Bedingungen für die Wiedervereinigung konnten weder Rußland noch die DDR mehr stellen. Es war eine geschichtliche Entwicklung und wer sich der in den Weg stellen wollte, der hatte verspielt und das wußten die Politiker auch ganz genau.

Treffen im Bundeskanzleramt

Im "Spiegel" Artikel vom 5.3.1990, vor der 2+4Verhandlung, vor der Verhandlung über die deutsche Wiedervereinigung der Großmächte, stehen einige ganz bemerkenswerte Sätze. Und die führt zum Kernpunkt des heutigen Abends. Es steht dort: Im Bundeskanzleramt trafen sich einige Spitzen der Regierung und haben in groben Zügen vorbestimmt, welche Prinzipien bei der Wiedervereinigung angewandt werden sollen. Und da fällt das Wort: Die Enteignungen aus der sowjetisch besetzten Zeit sollen nicht rückgängig gemacht werden. Und Herr Modrow hat diese Sache ganz begierig aufgenommen und hat gesagt, das ist ja großartig. Der alte Klassenfeind, er fängt sich selbst, er traut seiner eigenen Philosophie nicht mehr. Und er hat dann an Gorbatschow geschrieben und hat gesagt, liebe Leute in Moskau, ihr müßt uns helfen, wir wollen einen ganz wesentlichen Bestandteil des Kommunismus, nämlich die sogenannte

Bodenreform, das was in den Jahren 1945/49 gestohlen worden war, das wollen wir bitte doch belassen, wo es heute ist.

Gorbatschow hat diesen Brief nie beantwortet. Er hatte viel wichtigere Sachen zu tun. Er mußte sich um die NATO-Zugehörigkeit des zukünftig souveränen Deutschland kümmern. Er mußte sich darum kümmern, daß der eigene Ostblock ihm aus den Händen glitt, Polen, Rumänien, Bulgarien, die Tschechoslowakei. Sie haben vielleicht die Bilder noch vor Augen, was sich damals in Europa abspielte. Was in Zukunft in Deutschland in Eigentumsfragen für Gesetze herrschen sollten, das war Herrn Gorbatschow völlig egal. Und es mußte ihn auch gar nicht interessieren. Ich will versuchen, daß hier an einem Beispiel klarzumachen.

Ich bin im Urlaub immer ganz gern Krimi-Leser. Ich finde, Agatha Christie ist eigentlich eine ganz gute Urlaubslektüre. Und wenn man den Täter finden will, dann muß man sich eigentlich in erster Linie gar nicht die Personen anschauen, dann muß man sich das Motiv angucken, mit dem dieser Täter dann seine Tat ausgeführt hat. Wer eigentlich hatte denn ein Motiv, die Enteignungen 1945/49 bestehen zu lassen? Rußland hatte damals dem Kommunismus gerade abgeschworen. Vielleicht erinnern Sie sich, daß sogar die Kommunistische Partei in Rußland verboten war. Am 13.8.1990 hat der Russische Präsident einen Erlaß herausgegeben, daß in der gesamten UdSSR das von den Kommunisten gestohlene Eigentum den rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben werden sollte. In Rumänien, in Bulgarien, in der Tschechoslowakei, überall gab es keine dieser Bedingungen, die heute von der jetzigen Bundesregierung immer wieder in die Welt gesetzt werden, daß das Eigentum als Preis für die Wiedervereinigung doch beim Staat bleiben müsse und das der Staat später darüber verfügen dürfe.

Ganz im Gegenteil macht es auch gar keinen Sinn. Rußland wollte doch im Westen einen starken Partner haben, um sein eigenes, vom Sozialismus verwüstetes Land wiederaufzubauen. Dieser Partner sollte Deutschland sein, im gegenseitigen Vertrauen. Einverstanden. Aber Deutschlands Wirtschaftskraft beruhte doch auf der freien und sozialen Marktwirtschaft. Welchen Sinn macht es denn, wenn der zukünftige Partner dem aus der Kraft der freien und sozialen Marktwirtschaft Starken nun die Bedingungen auferlegt, daß er nun genau dieser Marktwirtschaft abschwören soll, daß er Planwirtschaft installieren soll, daß er Staatseigentum behalten soll, das ist doch völlig sinnlos. Aber das andere, das macht Sinn. Daß da ein Herr Waigel kommt, der mit den Staatsfinanzen ganz große Probleme hat, bedauerlicherweise bis heute. Ich denke, es gebe wahrscheinlich wesentlich bessere Leute aus der Wirtschaft oder aus dem Bankensystem, aber gut, er hatte damals gedacht, wenn ich so fürchtbar viel Besitz auf einmal bekomme, dann kann ich damit vielleicht einen Teil der Wiedervereinigung bezahlen. Denn daß das erhebliche Kosten verursachen würde, war den Leuten schon damals klar. Nur, das war die Rechnung von Lieschen Müller, das war die Rechnung von König Midas, der an seinem Gold erstickt. Man kann nicht ein Vermögen, das innerhalb von vier Jahren zusammengestohlen wurde und das zu den größten Vermögen gehörte, an Grund, Boden, Häusern, Betrieben, das jemals in dieser Welt in einer Hand gewesen ist, das kann man in einer Marktwirtschaft doch nicht innerhalb von ein, zwei oder fünf Jahren verkaufen, da erzielt man doch überhaupt keine Preise dafür. Es macht also auch vom wirtschaftlichen her überhaupt gar keinen Sinn, was da passiert ist. Und das ist eine Sache, die ich meine besser beurteilen zu können als Herr Waigel, denn in aller Bescheidenheit darf ich von mir sagen, daß ich ein ganz erfolgreicher Kaufmann bin und deshalb auch die Zeit habe, mich hin und wieder um Sachen zu kümmern, die mit meinem Beruf nicht unbedingt zu tun haben.

Verletzung der Menschenwürde

Wenn man das Glück hat, in einer Demokratie aufzuwachsen, wenn man das Glück hat, in einem Land zu leben, das einem die Chance gibt, sich zu verwirklichen, in seinem Beruf, in seiner Familie und dort auch Erfolg zu haben, dann ist es doch ein Gebot, sich für diesen Staat, wenn man meint, das dieser Staat in Gefahr kommen könnte, einzusetzen, damit er freiheitlich bleibt, damit meine Kinder das gleiche auch wieder erleben können, was ich gehabt habe, und dafür bin ich bereit zu kämpfen. Und präzise das tue ich. Das geschieht nicht aus irgendeinem materiellen Interesse. Das materielle Interesse ist weit hintangestellt. Es geht um den Verstoß gegen das Grundgesetz. Ich bin davon überzeugt, daß die Artikel 14 und 3, Gleichheit vor dem Gesetz, grundlegend tangiert sind. Und ich gehe sogar noch einen Schritt weiter und das kann ich nur deshalb weil ich kein Jurist bin ich denke, daß der Artikel 1, die Würde des Menschen ist unantastbar, in diesem Fall erschreckend verletzt ist.

Und dann kommt noch etwas ganz anderes hinzu. Mir wurde gesagt, nachdem ich wegen eines Artikels in der FAZ "George Bush sagt no", vor etwas über einem Jahr erschienen, mich gegen diese Staatsgewalt zu empören anfing, da wurde mir gesagt, dann mußt du dich auch gegen den Präsidenten empören, denn Roman Herzog war doch auch beteiligt. Und da habe ich gesagt, ich fange erst mal mit der Regierung an, mit allen auf einmal Streit zu machen, hat nun wirklich keinen Sinn. Nur, wenn man weiß und den Dorfrichter Adam mal gelesen hat, daß hier der höchste Richter dieses Landes hingehet zu den Abgeordneten der Volkskammer und diese fragen, Leute, ihr habt da ein Grundgesetz und wir sollen ja nun mit euch wiedervereinigt werden, und wir wollen das aber mit dem Eigentum gern so ein bißchen anders regeln, da steht doch der Art. 14 drin, Eigentum ist geschützt, wie kriegen wir denn das nun hin, dann wirft das Fragen auf.

Und dann sagt Herr Herzog, ja das ist auch wirklich ein großes rechtliches Problem, das können wir nur machen, indem wir das Grundgesetz ändern. Wir müssen einen Artikel einfügen, 143/3, dann geht es vielleicht. Und dann fragen die Abgeordneten, aber dafür brauchen wir doch eine Zweidrittelmehrheit. Und da sagt Herr Herzog, auch das ist richtig, wir müssen eine triftige Begründung finden.

Und dann kommt der Tag der Wiedervereinigung und dann kommt die Sache ins Parlament. Jedes Gesetz, jedes, das im Deutschen Bundestag verabschiedet wird, geht vorher durch Kommissionen. Jedes Gesetz wird vorher beraten. Dieses Gesetz ist nicht vorher durch Kommissionen gegangen. Das Vermögensgesetz § 18a und der Art. 143/3 wurden den Abgeordneten am gleichen Tag eröffnet, an dem es um die Wiedervereinigung ging, und nur mit der Drohung von Helmut Kohl, wenn ihr diesem nicht zustimmt, dann ist die Wiedervereinigung nicht möglich, nur mit dieser heute als unwahr bewiesenen Behauptung gelang es, das Unrecht im Gesetz festzuschreiben. Das ist schimpflich und dagegen muß man angehen. Das tue ich.

Das erste Verfassungsgerichtsurteil basierte dann noch auf der Annahme, daß die Regierung vor dem Bundesverfassungsgericht die Wahrheit gesagt habe. Es hat sich heute durch viele Indizien bestätigt, daß das leider bei einem Teil der Befragten nicht der Fall war. Und obwohl von der Seite der Enteigneten Beweisantritt geboten worden ist, ist eine Tatsachenerhebung nicht erfolgt. Sonst hätten wir wahrscheinlich heute einige eidesstattliche Erklärungen, die dann nicht mehr haltbar wären und dann könnte man tatsächlich die Täter vor Gericht ziehen und sagen: Hör mal zu, Du bist ja ein ganz gemeiner Krimineller. Nur leider, es kam zu dieser Tatsachenerhebung nicht. Daß die Schlußfolgerung, die ich eben daraus gezogen habe, trotzdem stimmt, ist für mich ganz besonders bedauerlich.

Ein windelweiches Dementi

Das erste Mal, daß über das Unrecht der Enteignung 1945/49 öffentlich gesprochen wurde, daß der Verdacht aufkam, hier könne etwas nicht mit rechten Dingen zugegangen sein, war das berühmte Interview von Norbert Stone, Geschichtspräsident an der Oxford University in England. Und Stone hat dann geschrieben, ich zitiere nur aus dem Gedächtnis: Es ist offensichtlich möglich, eine ganze Bevölkerung um Grundrechte zu bringen, wenn eine Regierung nur entschlossen genug ist, es zu tun. Dieses Interview wurde weltweit stark beachtet. Und was passierte? Am nächsten Tag telefonierte unser Bundeskanzler mit Herrn Gorbatschow und am folgenden Tag war dann ein windelweiches Dementi zu hören.

Nur, das hatte wenig Sinn, denn jetzt waren doch einige Leute wach geworden. Und es wurden weitere Menschen gefragt, die dabei gewesen waren. Es wurde gefragt der Professor Krause, der hinterher keine rühmliche Rolle in unserer Regierung abgegeben hat als Verkehrsminister, aber immerhin doch vielleicht damals glaubwürdig gewesen ist. Sagen Sie, Herr Professor Krause, stimmt es, das es eine nichtnegotiable Bedingung für die Wiedervereinigung gegeben hat, dergestalt, daß das, was 1945/49 gestohlen wurde, nicht zurückgegeben werden dürfe. Nein, hat der Professor Krause gesagt, das gab es nicht. Es gab die Forderung der sogenannten Indemnität. Das ist ein schwieriges rechtliches Problem. Es bedeutet nach meiner naiven Vorstellung, daß der Feind, der ein Land besetzt hält, sich nicht später verantwortlich machen lassen will für Untaten, die in seiner Zeit in diesem Land passiert sind. Davon will er sich freischreiben. Er will hinterher nicht vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag gezerrt werden. Das war die Forderung der Russen.

Das wurde aber umgedreht von unserer Regierung, wissentlich, um daraus einen finanziellen Vorteil zu ziehen. Und in dieser Besprechung, die ich Ihnen vorhin nannte, die am 5.3.1990 im "Spiegel" erwähnt wurde, da waren eine ganze Menge Leute zugegen. Da war Herr Tietmeyer zugegen, da war Herr Genscher zugegen, Herr Schäuble, Herr Kohl und Herr Kinkel und einige andere auch. Und in dieser Debatte wurde dann gefragt: wenn wir diese Sachen nicht zurückgeben, wieviele sind es denn eigentlich? Und nach den Akten des Auswärtigen Amtes kommt dann von Herrn Tietmeyer die Antwort: 15.000. Und dann wurde mit den Schultern gezuckt und dann wurde gesagt, dann haben wir dieses Thema wohl abgeschlossen! So wurde mit Recht in Deutschland umgegangen. 15.000 Familien, die Zahl war erstens falsch, aber, Leute, die Spitzen unserer Regierung sagen: eine Minderheit, 15.000 Familien, ex und hopp. In dem Land, in dem in der schrecklichsten Zeit dieses Landes, 1933/45 eine Minderheit schon einmal verfolgt worden ist und wo wir doch alle in der Schule gelernt haben, ich jedenfalls hab es getan, daß dann, wenn eine Minderheit in Gefahr ist, jedermann aufgerufen ist, dem zu wehren, und wer es nicht tut, der begeht unterlassene Hilfeleistung, und wer es tut, tut nichts als seine staatsbürgerliche Pflicht. Mehr ist es nicht, wenn man sich für diese Menschen einsetzt.

Und da muß man sich doch mal die Leute anschauen. Viele von ihnen sitzen heute hier, aber einige ganz erschütternde Beispiele habe ich ja kennengelernt aus den fürchterlichen und traurigen und deprimierenden Briefen, 4.500, die ich in den letzten Monaten empfangen habe. Wir sprechen nicht in erster Linie über Großgrundbesitzer, wir sprechen nicht in erster Linie über Großindustrielle, wir sprechen nicht in erster Linie über riesenreiche Imperien, wir sprechen über ganz normalen Mittelstand. Ich wäre auch betroffen, völlig eindeutig. Wir sprechen über den Handwerksmeister von der Ecke, der sein Haus hat, wir sprechen über den kleinen Betrieb mit 2030 Gesellen, wir sprechen über Leute, die 35,40 ha besaßen, die aus Neid denunziert worden sind, die zum Teil gefoltert wurden, wo die Familien verjagt wurden, wo zum Teil die Väter erschossen worden sind. Es haben sich grauenvolle Szenen abgespielt. Über diese 15.000 Gesagten ex und hopp hinwegzugehen, bringe ich nicht fertig. Und unabhängig davon, es waren nicht 15.000. 15.000 waren es im Agrarbereich. Etwa 25.000

Familien waren es im Mittelstand, rund 40.000 Familien mögen es wohl zusammen gewesen sein. 40.000 Familien, kinderreich, sind mehrere hunderttausend Menschen heute, und kein Regierungschef hat das Recht, eine solche Minderheit von Grundrechten auszugrenzen.

Aber, nehmen wir doch einfach mal an, die Regierung hätte recht gehabt mit ihrer Behauptung, es wäre eine nichtnegotiable Bedingung gewesen. Dann sitzt sie jahrelang auf diesen Sachen und kann sie überhaupt gar nicht brauchen. Ich weiß zum Beispiel von einem Mecklenburger, der mir schrieb, ich habe den Besitz meines Großvaters von etwa 1.200 ha., davon habe ich einen Teil unter unglaublichen Mühen von der Treuhand pachten dürfen, 350 ha. Für diese 350 ha muß ich heute als Pacht an die Treuhand 160.000 Mark im Jahr bezahlen. Viel lieber würde ich 5 Arbeitsplätze dafür einrichten in diesem ausgepowerten Land, aber das kann ich nicht. Das Geld, das ich erwirtschaftete, nimmt die Treuhand mir jedes Jahr wieder weg. Ist das denn wirtschaftlich vernünftig?

Oder das andere Beispiel. Nehmen Sie den kleinen Hof im Vogtland, den ich neulich in der FAZ in einer Aufklärungsanzeige hatte. Da schreibt mir eine Frau, wir hatten einen abgewirtschafteten Hof von 127 ha erworben 1925, den haben wir bis 1939 schuldenfrei gewirtschaftet. 1945 kamen die Russen, mein Vater wurde auf der Treppe unseres Hauses erschossen, meine Mutter mit meiner Schwester und mir wurden über den Rügendamm auf diesem fürchterlichen Trauermarsch nach Prora gebracht, dort mußten wir ein halbes Jahr ohne Heizung auf dem Steinfußboden schlafen bei Wassersuppe und Brot, weil wir Junker waren. Wir waren bürgerlich, Junker waren wir nie. Meine Mutter starb an den Entbehrungen, dann haben wir beiden Töchter ein Leben in der DDR gelebt, wir waren 1945 14 und 16 Jahre alt, 45 Jahre lang haben wir die DDR hinter uns gebracht und die ersten Jahre unter den Russen auch. Und dann waren wir in Leipzig bei den Montagsdemonstrationen und haben für Recht und Wiedervereinigung gekämpft. Und jetzt ist die Wiedervereinigung da und jetzt wollen wir unseren Hof zurückhaben. Und diese Regierung gibt ihn uns nicht zurück. Ist das denn richtig? Ich kann nur sagen, ich schäme mich für diese Regierung.

1,9 Mill. ha im Staatsbesitz

Und jetzt kommt was anderes. Was würde denn eigentlich passieren, wenn es zurückgegeben werden würde? Nehmen wir doch mal den entgegengesetzten Fall an. 1,9 Mill. ha. sind heute im Staatsbesitz und um es noch einmal klar zu sagen, ich möchte nur, daß das zurückgegeben wird an die ehemaligen Eigentümer, was heute noch im Staatsbesitz ist. Ich möchte kein neues Unrecht schaffen. Über die anderen Fälle, die inzwischen redlich verkauft sind, muß irgendwo ein kluger Richter urteilen. Das möchte ich nicht auf mein Gewissen laden, daß da wieder Leute, die inzwischen auch wieder Heimat gefunden haben, benachteiligt werden. Es darf nur um das gehen, was heute als Kommunistenbeute in der Hand der öffentlichen Hände ist. Aber, wenn diese 1,9 Mill. ha denn morgen zurückgegeben werden würden und die unglaublich vielen Innenstadtgrundstücke, die es ja auch noch gibt, was käme denn dabei heraus, wirtschaftlich? Kalt und nüchtern kalkuliere ich jetzt als Kaufmann und sage, was passiert. Ich denke, daß die Hälfte der ehemaligen Besitzer sofort aus Liebe zur Heimat wieder zurückgehen würde. Aber sehr viele würden es auch nicht machen, denn sie würden, egal wo sie jetzt leben, sofort verkaufen. Und das wäre auch nur sinnvoll, denn die Preise, die dabei entstehen würden, würden ja die Leute, die heute dringend Land kaufen wollen in der ehemaligen DDR dazu ermöglichen, daß das viel billiger wäre, als es jemals von der Treuhand angeboten werden wird. Das heißt, es wäre auch wirtschaftlich sinnvoll und dann würden außerdem 10, 15 oder mehr Jahre Pachten gespart werden. Das Geld, was in der ehemaligen DDR erwirtschaftet werden könnte, das würde ehrliche Steuern erbringen, es würde dazu dienen, dieses Land aus den Ruinen des Sozialismus oder Kommunismus wieder

aufzubauen, die Leute hätten Rechtsfrieden und es wäre im Grunde genommen das möglich, was der Kanzler in seiner ersten Euphorie über die Wiedervereinigung gesagt hat. Blühende Landschaften sind ja möglich. Die Leute müssen nur mal wieder ihren Ludwig Erhard durchlesen. Nehmen Sie doch hier einfach mal das Beispiel, was sich in der Bundesrepublik Deutschland ereignet hat. Ich hab es doch selbst miterlebt wie mein Vater von morgens bis abends oder Mitternacht gearbeitet hat, um unsere Firma wieder nach vorne zu bringen nach der Währungsreform. Und heute? Eines der ehemals reichsten Länder dieser Welt taumelt von einem Arbeitslosenrekord zum nächsten, weil die Regierung völlig unfähig ist, wirtschaftliche Liberalität weiter herzustellen und stattdessen auf planwirtschaftliche Vorgaben setzt. Idiotisch!

Und jetzt kommt die Frage, die ich an mich selbst stelle. Als ich alles dies erkannt habe, was habe ich gemacht? Ich hab zunächst einmal versucht, im politischen Rahmen etwas zu bewegen. Ich hatte mich über die CDU geärgert, jahrelang geärgert. Und dann hat meine Frau zu mir gesagt, wenn Du es ändern willst, tritt doch ein oder höre mit dem schimpfen auf. Da habe ich gesagt, dann trete ich ein. Seitdem haben die mich!

Und dann kam ich relativ schnell in den Vorstand der CDU Blankenese und versuchte da einfach wieder Vernunft durchzusetzen. Und siehe da, es ging auch. Als ich diesen Artikel von dem Krause in der FAZ gelesen hatte "George Bush sagt no", es gab die nichtnegotiable Bedingung für die Wiedervereinigung nicht, da hat Herr Genscher dem widersprochen, da hat Herr Schewardnadse dem widersprochen, es hat Herr Bush dem widersprochen, es haben andere Leute von Rang und Namen dem auch widersprochen, es gab sie nicht. Und da habe ich gesagt, gut, wenn das so ist, dann muß das Gesetz geändert werden, was damals unter falschen Behauptungen in unser Gesetzeswerk hineingeschmuggelt worden ist. Und diesen Antrag habe ich in Blankenese gestellt. Und die Blankeneser waren ganz erschrocken und haben gesagt, dürfen wir denn gegen den Kanzler stimmen? Ich hab gesagt, ihr dürft nicht gegen den Kanzler, ihr müßt für Rechtsstaatlichkeit stimmen. Ja, haben sie gesagt, da machen wir mit. Und da kriegten wir gegen starke Bedenken des Vorsitzenden einen einstimmigen Vorstandsbeschluß, 15:0, prima. Und die Sache ging weiter in den Kreis Altona. Im Kreisverband hatten wir ganz großen Arger damals. Herr van Hooven war damals gerade dabei, sich wählen lassen und hatte tausend Sachen im Kopf, und deshalb kam er nicht dazu, die Sache beschließen zu lassen und sagte auch immer wieder, Peters, nun halte dich doch mal bißchen zurück, wir haben damit doch eh keine Chance, jetzt muß ich erst mal hier Kreisvorsitzender werden.

Der lange Weg zum Landesparteitag

Und dann habe ich gesagt, so kann es ja lange auch nicht bleiben und hab dann den Geschäftsführer gefragt, wie kriegt man das denn ohne den Kreis hin. Ja, sagt er, das geht auch, dann muß Du dir ein paar Unterschriften holen von Nachbarverbänden und wenn dann fünf unterschrieben haben, kannst Du es direkt in den Landesparteitag schicken. Ole von Beust hat als erster unterschrieben, dafür gebührt ihm heute noch mein Dank und dann kamen meine Nachbarn aus Sülldorf, aus Rissen und aus Nienstedten und machten das auch mit. Damit waren wir einen Schritt weiter und beim Landesvorstand.

Jetzt wurde die Sache schwierig. Der Landesvorstand merkte, hier braut sich was gegen das Kanzleramt zusammen. Ich hatte die Sache natürlich schon ein bißchen mit Unterlagen gespickt. Man muß sich vorstellen, man soll dann reden vor 300 Leuten und davon sind ja nicht alle einem wohlgesonnen, denn die meisten sind ja doch sehr kanzlertreu. Also habe ich gesagt, wir müssen diesen Antrag so begründen, daß er wirklich wasserdicht ist. Also eine

emotionale Geschichte dazu, die ich Ihnen erzählt habe und eine wirtschaftliche Geschichte, die ich Ihnen auch erzählt habe und ein bißchen Rechtsbewußtsein und das ganze in einer Melange, die jeder versteht.

Das machte aber einen Antrag mit acht Anlagen. Die Hamburger CDU-Zentrale am Leinpfad merkte auf. Ich bekam den Anruf vom Geschäftsführer und der meinte, Sie haben da so einen schwergewichtigen Antrag, meinen Sie denn, daß wir soviel Porto ausgeben sollten, das müssen wir doch an 250 Leute schicken und wir haben auch gar nicht im Büro soviel Personal. Ich habe dann gesagt, machen Sie sich darüber keine Gedanken, ich habe ja eine kleine Firma und im Büro habe ich auch ein paar Mädchen, die bitte ich ein paar Überstunden zu machen und dann haben wir das fertig. Und wenn das Schwierigkeiten mit dem Porto macht, dann freue ich mich hinterher über eine Spendenquittung und bei dem hohen Steuersatz, den ich zahlen muß, trifft es mich dann nicht so hart.

Wäre es denn nicht auch möglich, es am Abend des Landesparteitages zu verteilen, wurde ich gefragt. Nein, habe ich gesagt, das wäre überhaupt nicht möglich, denn das ist eine sehr schwierige Materie, die in der Presse schon ziemlich zerredet wurde, und ich möchte, daß die Delegierten wissen, worüber sie abstimmen. Dann konnte man nicht anders und hat es zähneknirschend rausgeschickt, nachdem ich es vorbereitet hatte. Und dann kam der Abend' an dem der Landesparteitag stattfand und das Thema, das mich am meisten beschäftigte, war als vorletzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt worden. Das fing nachmittags um fünf an und abends so gegen zehn Uhr gehen dann die meisten. Und ich stand am Ausgang und habe gesagt, nee, heute nicht, Ihr müßt hier noch ein bißchen bleiben.

Und dann habe ich diesen Antrag begründet und Herr Dirk Fischer, der ja früher ein treuer Gefolgsmann von Herrn Echternach war und Echternach derjenige war, der als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium 1990 den berühmtberühmten Ausspruch getan hat "Ich werde dafür sorgen, daß kein Junker jemals zurückkommt!" dieser Dirk Fischer war auf einmal in einer sehr schwierigen Position. Und er ist dann auch gegen mich in die Bütt gegangen und hat gegen mich gesprochen. Und dann bin ich voller Empörung wieder aufgestanden und hab wieder dafür gesprochen und Herr Fischer hat noch mal dagegen gesprochen und dann haben wir abgestimmt und dann war es 200:1 für mich!

Und daraus können Sie alle etwas lernen, jeder von Ihnen und das meine ich jetzt ganz ernst man kann, wenn man will, wenn man sich politisch engagiert, tatsächlich etwas bewegen. Und dann sind wir nach Kiel gefahren, zu Herrn Dr. Hennig. Um zu sagen, Dr. Hennig, wir müssen versuchen, das Gesetz so zu ändern, das Rechtsstaatlichkeit in Deutschland wieder einkehrt, machen Sie mit? Und Dr. Hennig hat nach einer halben Stunde ja gesagt. Und er hat bereits nach einer Woche seine Presseerklärung herausgegeben, bewußt klar gesprochen, so daß in Bonn zum ersten Mal aufgemerkt wurde. Und inzwischen habe ich über einen Geschäftsfreund in Bremen, über ein Kreismitglied in Bremen erreicht, daß Bernd Neumann von der CDU das gleiche tat. Und die in Niedersachsen, die hatten das schon lange vor. Christian Wulf hatte mit seinen Artikeln in der FAZ am 15. März sich schon ganz klar bekannt. Und auf einmal waren wir vier Landesverbände und die sagten alle das gleiche: Wir wollen zu den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit in Deutschland zurückkehren. Wir wollen das Unrecht, das geschehen ist, wieder gutmachen.

Und da explodierte eine kleine Granate im Kanzleramt. Der Kanzler hat dann richtig getobt und gesagt, daß bleibt alles so, wie es ist. Und dann kam Herr Bohl nach Hamburg und viele von Ihnen waren dann ja an dem Abend dabei und ich muß sagen, ich habe selten einen Politiker in einer so mißlichen Situation gefunden, wie dort, denn es war ja nicht so, daß wir

auf einmal die Reeperbahn mobilisiert hatten und einen Politiker aus Bonn fertig machen wollten. Es saß wirklich ein Publikum von sehr erzogenen Leuten, von Rang und Namen, die weiß Gott wußten, was sich gehört, vor Herrn Bohl. Und als Herr Bohl immer wieder die gleichen Lügen erzählte, da sind diese Menschen ausgeflippt und auch zurecht. Und sie haben gesagt, Du bist ein Lügner, ein Hehler, ein Dieb und ein Betrüger! Das mußte er sich sagen lassen.

Und dann kam er abends zu mir, als wir im Hafenclub waren, in ganz kleinem Kreis, unmittelbar nach der Veranstaltung und sagte, Herr Peters, muß das denn eigentlich sein, daß Sie dieses Thema wieder aufrühren? Und ich antwortete ihm, Herr Bohl, darf es denn sein, daß wir in Deutschland wieder eine Minderheit von Grundrechten ausgrenzen? Ich sagte, machen wir es doch bitte anders. Belegen Sie mir bitte, daß Sie recht haben. Ich bin ja gerne bereit, Ihnen jedes Wort zu glauben. Ich mache doch meiner eigenen Partei nicht aus Jux und Dollerei Schwierigkeiten. Ich möchte doch nur, daß diese Partei davor bewahrt wird, später einmal in die Ecke gestellt zu werden mit Leuten, die Unrecht getan haben. Ich möchte auch nicht, daß die Radikalen dieses Thema aufgreifen. Ich möchte, daß eine Säuberung aus der Partei kommt, die früher die Partei der Betroffenen waren. Es sind ja alles bürgerliche Wähler gewesen, Herr Bohl, beweisen Sie mir, daß Sie recht haben. Darauf sagte er nichts.

Kein Termin beim Bundeskanzler

Und da sagte ich, wenn ich recht habe, dann möchte ich Sie darum bitten, mir einen Gesprächstermin beim Bundeskanzler zu verschaffen, denn der muß das wissen. Ich habe das Gefühl, der weiß gar nicht mehr, was in diesem Land gespielt wird. Der sitzt da irgendwo und sonnt sich in seiner Wiedervereinigungseuphorie, bloß, das ist jetzt sechs Jahre her und das Leben ist weitergegangen. Und Herr Bohl sagte mir, Herr Peters, ich sage Ihnen innerhalb von drei Wochen eine Antwort, ob Herr Kohl sie empfangen wird oder nicht. Unter Hamburger Kaufleuten gilt das Wort, also habe ich gedacht, es gilt auch unter einem Politiker und einem Kaufmann. Die drei Wochen gingen aber um und es kam keine Antwort. Nun hat Herr Bohl Pech, denn er hat einen Klassenkameraden, der mein Freund ist. Also rief ich meinen Freund an und sagte, Gerhard3 ruf doch bitte mal Deinen Klassenkameraden Herrn Bohl an, ich möchte gerne mal wissen, ob Herr Kohl mich empfängt. Und da sagte Gerhard nach 14 Tagen, er hätte mit Herrn Bohl gesprochen und ich bekäme die Antwort, Herr Kohl und Herr Bohl wollten mich beide niemals empfangen. Und da habe ich gesagt, daß ist auch eine Antwort und dann habe ich die erste Anzeige geschaltet. Das war dann meine Antwort.

Nun ging dieses Spiel ein bißchen weiter und Sie haben ja die kleinen und die großen Anzeigen verfolgt. Bloß, daß ganze hat ja einen nach wie vor ganz ernsten Hintergrund. Es ist so, daß sich in dieser Bundesrepublik Deutschland ganz offensichtlich eine Politikerkaste etabliert hat, der es zuallererst und in vorderster Linie und eigentlich um ganz wenig anderes geht als um die Perpetuierung ihrer eigenen Macht. Und alles andere scheint nicht so wichtig zu sein. Und wenn ich mir die Leute anschau die auf meine vier Briefe an alle Bundestagsabgeordneten geantwortet haben, mündlich, aber häufig telefonisch, ganz wenig schriftlich, und mir gesagt haben, eigentlich hast Du ja völlig recht, wir würden das auch unterstützen. Und wenn ich dann sage, bitte gib mir das schriftlich, antworten sie, das trauen wir uns nicht.

Was sind das für Menschen, die Parlamentarier in diesem freiesten Land sind, das Deutschland jemals gehabt hat, die sich nicht trauen, die nicht genügend Zivilcourage haben, die nicht genügend Mut haben, das, was sie für Recht empfinden, auch öffentlich zu vertreten? Dann sind die doch offensichtlich ganz falsch auf ihren Plätzen.

Nun wollte ich aber wirklich nicht alle Politiker dieser Bundesrepublik ablösen, ganz im Gegenteil, ich wollte das überhaupt gar nicht, sondern ich wollte eigentlich nur versuchen, Ihnen klar zu machen, wie ich in eine gewisse Empörung gekommen bin gegen die Politiker, die sich anmaßen, den Rechtsstaat, die Demokratie abzuwerten. Und dafür brauchte ich Hilfe und da ging ich zu einigen Kaufmannsfreunden und sagte, liebe Leute, hier ist etwas in Gefahr, nämlich Rechtsstaatlichkeit, Eigentum und auch bei vielen Betroffenen die Würde des Menschen. Ich brauche dafür Geld. Und ich bin nicht gegangen zu Leuten, die ich als arm einschätze, sondern nur zu Leuten, von denen ich wußte, daß 20.000 oder 50.000 Mark sie überhaupt nicht tangierten. Erfreulicherweise gibt es die und erfreulicherweise ist es auch so, daß sie bereit waren, ohne mit der Wimper zu zucken, dafür mir sofort Schecks zu schicken. Und diesen Leuten gebührt mein großer Dank. Ich finde, es ist schön in einem Land zu leben, in dem es viele Menschen gibt, die diese von mir apostrophierten Dinge unterstützen. Ich bin genauso dankbar für jeden Brief gewesen, für jede zehn Mark gewesen, die mit krakeliger Rentnerschrift irgendwie begleitet wurden, ich möchte dir gern helfen, Du tust das Richtige, Du tust es für meine Heimat, Du tust es für Dein Land, für Deine Familie. Jene zehn Mark, ich fand sie großartig, ich fand auch die Briefe ohne zehn Mark großartig, aber das andere hat es erst ermöglicht, daß wir vorangekommen sind.

Was war vorher passiert? Das ist eine bittere Anklage gegen die Betroffenen selber. Sie haben gelitten und sie haben schweigend gelitten. Sie haben keine PRArbeit gemacht und das darf man in einer lebendigen Demokratie nie tun. Ich habe versucht, sie aus dieser Ecke des Schweigens herauszuholen. Als Kaufmann weiß ich, daß nur die Ware verkauft werden kann, die man auch kennt. Vor wenigen Tagen habe ich einen Freund getroffen, einen Oberst der Bundeswehr, FAZLeser und Welt-Leser, der kannte unser Thema noch nicht einmal. Also wußte ich genau, hier sind ganz schwere Versäumnisse gemacht worden in der PRArbeit. Ich denke, es wäre gescheiter gewesen, wenn erstens alle Betroffenen sich in einem einzigen Verband organisiert hätten und zweitens dieser Verband nicht mit großartigen Büroeinrichtungen und tausend Sekretärinnen und ich weiß nicht welchen Nebenkosten befrachtet worden wäre, sondern wenn von vornherein PRArbeit gemacht worden wäre, und wenn dann einige Politiker angesprochen worden wären, die gesagt hätten, es kann so nicht bleiben, und gottseidank gibt es die ja immer noch, wir müssen sie bloß unterstützen und die müssen wissen, das wir ihnen diese Unterstützung gern geben wollen.

Ich bin ganz besonders dankbar dafür, daß es auch Jugendliche heute in Deutschland gibt, die das Thema aufgenommen haben. Ich meine damit zum Beispiel die Göttinger Studenten. Ich finde es ganz prima, daß es fast 30 Jahre nach den 60ern in Deutschland offensichtlich eine neue Generation gibt und diese im Generationsumschwung sich zu den Idealen bekennt, die früher mal in Preußen an der Tagesordnung waren.

Heiko Peters ist Hamburger Kaufmann und Vorstandsmitglied der CDU Blankenese.